

"Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development"

UN-Nachhaltigkeitsgipfel globale Entwicklungsagenda 2030

Link: <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>

Am 25. September 2015 wurde auf dem UN-Gipfel in New York die "2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung" verabschiedet. Sie hat die Form eines Weltzukunftsvertrags und soll helfen, allen Menschen weltweit ein Leben in Würde zu ermöglichen. Sie soll Frieden fördern und sie soll dazu beitragen, dass alle Menschen in Freiheit und einer intakten Umwelt leben können. Die 2030-Agenda ist getragen vom Geist einer neuen globalen Partnerschaft – eine Einteilung in "Geber" und "Nehmer" oder in "erste", "zweite" und "dritte Welt" wird abgelöst vom Gedanken der gemeinsamen Verantwortung für Menschen und Planeten.

Die 17 Entwicklungsziele der Agenda verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung – zum ersten Mal werden Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit in einer Agenda zusammengeführt.

Die Zielvorgaben richten sich an alle Staaten der Weltgemeinschaft. Sie sind gleichermaßen aufgefordert, sich für die 2030-Agenda einzusetzen und aktiv daran zu arbeiten, dass die Situation der Menschen und der Umwelt sich bis 2030 in vielen wichtigen Bereichen verbessert. Die aktuelle Flüchtlingskrise führt uns eindrücklich vor Augen wie wichtig es ist, den Menschen überall ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Die 2030-Agenda soll:

- Armut und Hunger beenden und Ungleichheiten bekämpfen
- Selbstbestimmung der Menschen stärken, Geschlechtergerechtigkeit und ein gutes und gesundes Leben für alle sichern
- Wohlstand für alle fördern und Lebensweisen weltweit nachhaltig gestalten
- Ökologische Grenzen der Erde respektieren: Klimawandel bekämpfen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen
- Menschenrechte schützen – Frieden, gute Regierungsführung und Zugang zur Justiz gewährleisten
- Eine globale Partnerschaft aufbauen

Die neue Agenda wird ab 2016 die [Millenniumsentwicklungsziele](#) ^{*}), die sich die Weltgemeinschaft Anfang des Jahrtausends gesetzt hat, ablösen. Sie wurde mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt. Die 2030-Agenda ist eines der ambitioniertesten Vorhaben unserer Zeit und allen Beteiligten ist bewusst:

Ihre Verwirklichung kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Staaten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürger müssen zusammen daran arbeiten, nachhaltige Entwicklung für alle sicherzustellen.

***) Millenniumsentwicklungsziele**

Im September 2000 kamen hochrangige Vertreter von 189 Ländern, die meisten von ihnen Staats- und Regierungschefs, zu dem bis dahin größten Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York zusammen ([Millenniumskonferenz](#)).

Als Ergebnis des Treffens verabschiedeten sie die so genannte [Millenniumserklärung](#). Aus ihr wurden später acht internationale Entwicklungsziele abgeleitet, die Millenniumsentwicklungsziele (englisch: Millennium Development Goals, MDGs):

- 1. den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer [Armut](#) und [Hunger](#) leidet, halbieren*
- 2. allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen*
- 3. die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte von Frauen stärken*
- 4. die Kindersterblichkeit verringern*
- 5. die [Gesundheit](#) der Mütter verbessern*
- 6. [HIV/Aids](#), Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen*
- 7. den Schutz der [Umwelt](#) verbessern*
- 8. eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen*

Mit vereinten Kräften will die internationale Gemeinschaft diese Ziele bis zum Jahr 2015 erreichen.

Der Weg zur 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung

Noch immer müssen weltweit Menschen hungern oder leiden unter Mangelernährung. Noch immer besteht eine große Kluft zwischen Armen und Reichen. Millionen Menschen sind durch Gewalt bedroht, Millionen haben keine soziale Sicherung und keine medizinische Grundversorgung. Die Folgen des Klimawandels und der fortschreitende Verlust der biologischen Vielfalt führen zu immer größeren Umweltproblemen.

Seit im Jahr 2001 die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) vereinbart wurden, konnten zwar schon in vielen Bereichen Verbesserungen erzielt werden, viele globale Herausforderungen bestehen jedoch weiterhin oder haben sich aber verschärft. Auch Themen, die eng mit der Reduzierung von Armut verknüpft sind wie breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeit und Beschäftigung und gute Regierungsführung – sind aktueller denn je.

Die Verantwortung für die Lösung der vielen drängenden Entwicklungsfragen müssen weltweit alle staatlichen, privatwirtschaftlichen und [zivilgesellschaftlichen](#) Akteure gemeinsam übernehmen. Benötigt wird eine neue globale Partnerschaft für

nachhaltige Entwicklung. Die alte Einteilung in Geber- und Nehmerländer ist angesichts einer sich rasch verändernden Welt nicht mehr angemessen.

Neue Ziele für nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015

Mit Blick auf die großen globalen Herausforderungen wurde auf dem MDG-Gipfel 2010 beschlossen, eine Agenda für die Zeit nach dem Ablauf der Millenniumsentwicklungsziele zu erarbeiten: die "2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung". Um möglichst viele Länder und Menschen in die Beratungen über diese neue Agenda einzubeziehen, leiteten die Vereinten Nationen im September 2012 einen breit angelegten Konsultationsprozess auf nationaler, regionaler und globaler Ebene ein.

Der 2030-Agenda sollen neben den Millenniumsentwicklungszielen auch die Ergebnisse der UN-Konferenz zu Nachhaltiger Entwicklung von 2012 (Rio+20-Konferenz) zugrunde liegen. Das neue Zielsystem soll für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen gelten und alle Aspekte von nachhaltiger Entwicklung umfassen – also ihre ökologische, ökonomische und soziale Dimension. Ende 2014 wird UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einen Synthesebericht vorlegen, der alle bis dahin erbrachten Beiträge zur 2030-Agenda zusammenfasst. Anfang 2015 soll dann der zwischenstaatliche Verhandlungsprozess zur 2030-Agenda beginnen.

Ein Leben in Würde für alle – Bericht des UN-Generalsekretärs

Eine erste umfangreiche Vision für die 2030-Agenda legte Ban Ki-moon der UN-Generalversammlung im September 2013 vor. Neben Impulsen aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft flossen auch Vorschläge eines hochrangigen Beratergremiums in seinen Bericht ein. Zu den Mitgliedern dieses "High-level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda" zählte unter anderem der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler. Es war im Juli 2012 vom UN-Generalsekretär eingerichtet worden und hatte im Mai 2013 seinen Abschlussbericht mit Empfehlungen für die neue Agenda vorgelegt.

Der Bericht des UN-Generalsekretärs trägt den Titel "A life of dignity for all" (Ein Leben in Würde für alle). Ban Ki-moon fordert darin die UN-Mitgliedsstaaten auf, sich deutlich mehr für die Erreichung der Millenniumsziele einzusetzen. Zudem legt er darin seine Vision für die 2030-Agenda dar. Dazu zählt, dass das neue Zielsystem

universell sein soll, das heißt für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen gültig ist und nachhaltige Entwicklung im Mittelpunkt stehen muss. Beinhaltet soll die neue Agenda Themen wie Armutsreduzierung, Chancengleichheit, Gleichstellung der Geschlechter, Bildung, Gesundheit, Klimawandel, Umweltschutz, Wachstum und Beschäftigung, Beseitigung von Hunger und Mangelernährung, demographische Entwicklung, Migration, Stadtentwicklung, Frieden, Menschenrechte und gute Regierungsführung sowie den Aufbau einer globalen Partnerschaft.

Sustainable Development Goals (SDGs)

Die Millenniumsentwicklungsziele wurden oft dafür kritisiert, dass sie die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit nicht stark genug berücksichtigen. Der Schutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ist zwar eines der vier Themenfelder der Millenniumserklärung und wurde auch als MDG 7 zu einem der Millenniumsziele.

Diese Vereinbarungen bleiben aber weit hinter den heute als notwendig erachteten Schritten zurück. Insbesondere wurden Umweltbelange bei der Erarbeitung der MDGs zu isoliert betrachtet, was den komplexen und zwischenzeitlich auch gewachsenen Herausforderungen nicht gerecht wird.

Ein wichtiger Aspekt bei der Formulierung der 2030-Agenda ist daher die Integration von Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Damit sollen soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele und deren Verknüpfungen ausgewogen in der Agenda verankert werden.

Die Weichenstellung dafür erfolgte 2012 auf der Rio+20-Konferenz: Eine 30-köpfige Arbeitsgruppe (Open Working Group, OWG) wurde mit der Erarbeitung der SDGs beauftragt. Im Juli 2014 stellte sie ihre Vorschläge für 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung mit universeller Anwendbarkeit auf alle Länder vor. Ähnlich wie der Bericht des UN-Generalsekretärs vom September 2013 beinhaltet das Dokument Ziele zur Beseitigung von Armut und Hunger, zu Bildung, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung, Basisinfrastruktur, Klimaschutz und erneuerbaren Energien, zum menschlichen Wohnen, zu Biodiversität, Frieden, Sicherheit und Regierungsführung, zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern und zu menschenwürdiger Beschäftigung.

Deutschland teilte sich in der OWG einen Sitz mit Frankreich und der Schweiz und konnte die meisten deutschen Anliegen im Entwurf der SDGs verankern, etwa die

Verknüpfung von Entwicklung und Nachhaltigkeit, das Prinzip einer globalen Partnerschaft und die weltweite Gültigkeit der Ziele.

Zahlreiche UN-Akteure eingebunden

Neben der Open Working Group sind weitere Akteure im Rahmen der Vereinten Nationen an der Erarbeitung der 2030-Agenda beteiligt:

Ein 30-köpfiges Expertenkomitee (Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing) hat Strategien für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung erarbeitet. Es wurde geprüft, aus welchen Quellen Mittel gewonnen und wie diese dann möglichst effektiv eingesetzt werden können. Deutschland wurde in der Expertenrunde durch ein Vorstandsmitglied der KfW vertreten. Der Abschlussbericht, der im August 2014 erschienen ist, fließt in den Synthesebericht ein, den der UN-Generalsekretär Ende 2014 veröffentlichen wird. Außerdem bildet er eine Grundlage für die dritte UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die im Juli 2015 als Folgeveranstaltung der Konferenzen von Monterrey (2002) und Doha (2008) stattfinden wird.

Im September 2013 hat das "Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung" (High Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) seine Arbeit aufgenommen. Es soll eine politische Führungsrolle übernehmen, Orientierung geben, Empfehlungen zur nachhaltigen Entwicklung aussprechen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik verbessern. Ab 2016 soll das HLPF die Umsetzung der 2030-Agenda überprüfen.

Zahlreiche Einrichtungen der Vereinten Nationen haben sich daran beteiligt, auf lokaler und nationaler Ebene Beratungsprozesse zur 2030-Agenda in Gang zu setzen. Ein Beispiel ist die Kampagne "The World We Want": Mehr als eine Million Menschen weltweit äußerten 2013 ihre Wünsche und Vorstellungen, in welcher Welt sie künftig leben wollen. Koordiniert werden die diversen Aktivitäten von der United Nations Development Group (UNDG), die 32 UN-Einrichtungen unter ihrem Dach vereint. 2014 hat die UNDG eine weitere Konsultationsrunde auf nationaler Ebene gestartet, die sich mit Fragen zur Umsetzung der 2030-Agenda befasst.

Europäische Union

Auch innerhalb der Europäischen Union (EU) wird die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung intensiv diskutiert. Von 28 EU-Staaten waren 14 in der Arbeitsgruppe vertreten, die Vorschläge für Ziele nachhaltiger Entwicklung erarbeitet hat.

Die Europäische Kommission hat seit 2013 drei Mitteilungen zur 2030-Agenda veröffentlicht. Die erste Mitteilung mit dem Titel "Ein menschenwürdiges Leben für alle: Beseitigung der Armut und Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft für die Welt" betont den Zusammenhang zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung. Die zweite Mitteilung formulierte Grundsätze für die Finanzierung von Armutsbeseitigung und nachhaltiger Entwicklung nach 2015. Im Juni 2014 arbeitete die Europäische Kommission ihre Position zur 2030-Agenda weiter aus. Die Mitteilung "Ein menschenwürdiges Leben für alle: Vom Zukunftsbild zu kollektiven Maßnahmen" benennt 17 Handlungsfelder, denen die EU besondere Bedeutung beimisst.

Auch der Rat der Europäischen Union befasst sich regelmäßig mit dem neuen Rahmen für die EU-Entwicklungspolitik nach 2015.

Deutsche Politik

Deutschland unterstützt die Vereinten Nationen sehr engagiert dabei, der zukünftigen Agenda eine breite, tragfähige Basis zu geben. Zudem stimmt sich die Bundesregierung intensiv mit den EU-Mitgliedsstaaten ab. Auch auf nationaler Ebene ist ein umfangreicher Dialogprozess mit der deutschen Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft angestoßen worden.

Der deutsche Beitrag

Deutschland beteiligt sich seit dem Millenniumsgipfel 2010 aktiv an den Debatten über neue globale Ziele für die Zeit nach 2015. Die Federführung für die Post-2015-Prozesse liegt beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).

Im Jahr 2013 finanzierte das BMZ zum Beispiel die Durchführung der UN-Konsultationen zum Thema Governance in Südafrika und eine Konferenz [zivilgesellschaftlicher](#) Organisationen aus aller Welt, die in Bonn stattfand.

Im Mai 2014 veranstaltete das BMZ gemeinsam mit der [GIZ](#) ein "Flagship Forum" mit dem Titel "Globale Partnerschaft und die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung". An der internationalen Fachkonferenz nahm auch der frühere Bundespräsident Horst Köhler teil. Er war 2012 von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in ein hochrangiges Beratergremium zur Post-2015-Agenda berufen worden und beteiligt sich seitdem sehr aktiv an der Diskussion um die künftigen Ziele. Im September 2014 fand zudem auf Einladung des BMZ die Veranstaltung "Nachhaltige Entwicklung weltweit – was kann Deutschland beitragen?" mit Bundespräsidenten Joachim Gauck und Bundesminister Gerd Müller in Berlin statt. Der Bundesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, die fachliche Kompetenz der Zivilgesellschaft für die Ausarbeitung und Umsetzung der neuen Ziele zu nutzen. Deshalb fanden bereits mehrere Dialogforen mit der Zivilgesellschaft statt, beispielsweise die Veranstaltung "Gemeinsam die Zukunft gestalten: Die post-2015 Agenda – Dialog mit der Zivilgesellschaft" im Juni 2013.

Das Engagement vieler Menschen ist entscheidend dafür, dass ein neuer internationaler Zielekatalog auch wirklich etwas verändert. Bundesminister Gerd Müller hat hierfür die Zukunftscharta "Eine Welt – Unsere Verantwortung" ins Leben gerufen. Über eine Internet-Plattform und Diskussionsveranstaltungen in mehreren deutschen Städten konnten sich zivilgesellschaftliche Organisationen, Kirchen, Stiftungen, Wissenschaft, Kommunen und Länder sowie alle interessierte Bürgerinnen und Bürger an der Ausarbeitung der deutschen Positionen zur Post-2015-Agenda beteiligen. Ein erster Entwurf der Zukunftscharta wurde im September 2014 vorgelegt. Das endgültige Dokument wurde am 24. November 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Post-2015-Agenda wird auch ein Schwerpunkt des G7-Gipfels 2015 sein. Deutschland hat 2014 den Vorsitz der G7 übernommen und wird im Juni 2015 Gastgeber des Gipfeltreffens sein.

Eckpunkte der deutschen Position

Das Bundeskabinett hat im Februar 2014 das Papier "Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung – Eckpunkte der deutschen Bundesregierung" verabschiedet. Es betont die Notwendigkeit einer neuen globalen Partnerschaft, die den natürlichen Grenzen der Erde Rechnung trägt.

Diese globale Partnerschaft soll traditionelle Denkmuster aufbrechen, die die Welt in Nord und Süd, Geber- und Nehmerländer einteilen. Stattdessen sollen alle Staaten gemeinsam Ziele für die Reduzierung von Armut, die Schaffung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Perspektiven und für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise festlegen.

Wesentliche Kennzeichen der globalen Partnerschaft sind:

- Universalität der Ziele, aufbauend auf gegenseitigem Respekt und gemeinsamen Werten. Das bedeutet, dass die Ziele wie auch die Verantwortung für ihre Erreichung für alle Länder (Entwicklungsländer, Schwellenländer, Industrieländer) und für alle Politikbereiche gelten. Dabei muss den verschiedenen nationalen Gegebenheiten, Fähigkeiten und Entwicklungsniveaus Rechnung getragen werden, nationale Politikansätze und Prioritäten müssen geachtet werden.
- Gemeinsame Verantwortung für das globale Gemeinwohl durch den Schutz globaler öffentlicher Güter und die Schaffung entwicklungsförderlicher struktureller Rahmenbedingungen
- Wirksamkeit, Transparenz und Monitoring auf internationaler Ebene durch aussagekräftige Indikatoren und gegenseitige Rechenschaftspflicht
- Neben Regierungen müssen auch Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft eine tragende Rolle im Entwicklungsprozess und in der konkreten Ausfüllung des Partnerschaftsgedankens einnehmen.

In dem Eckpunkte-Papier der Bundesregierung für die Post-2015-Agenda wurden vier strategische Themenbereiche definiert:

1. Extreme Armut und Hunger weltweit vollständig beseitigen und ein würdevolles Leben für alle ermöglichen.
2. Natürliche Ressourcen schützen und ihre nachhaltige Nutzung sicherstellen.
3. Menschenwürdige Beschäftigung und angemessenes Einkommen durch umweltverträgliches Wachstum schaffen.
4. Gute Regierungsführung stärken, Gleichstellung der Geschlechter fördern, Menschenrechte schützen und den Frieden sichern.

Mit diesen Positionen wird sich die Bundesregierung aktiv in die kommenden Verhandlungen zur Post-2015-Agenda einbringen.

17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung *)

1. Armut in jeder Form und überall beenden
2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (in Anerkennung der Tatsache, dass UNFCCC das zentrale internationale, zwischenstaatliche Forum zur Verhandlung der globalen Reaktion auf den Klimawandel ist)
14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

*)Aus der Broschüre „Unsere Ziele für eine lebenswerte Zukunft“ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; - September 2015)